

Dresdner Journal.



Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Gescheites Werktag nachm. 8 Uhr.

Abfertigungsgebühren:
Die Seite dieser Seite ist
1 Mal geplattet. Aufdruck
auf einer Seite über dem Raum
10 Pf. Bei Tafeln- und
Illustrationen 5 Pf. Anhänger
für die Seite. Untere Re-
balkenstrich (Englands) die
Tafel unter der Seite oder
über dem Raum 50 Pf.
Schärfen - Erhöhung bei
starker Überbelichtung.
Abnahme der Ansagen bis
mittags 12 Uhr für die na-
mächtig erscheinenden Personen.

N 128.

Freitag, den 6. Juni nachmittags.

1902.

Amtlicher Teil.

Bulletin.

Sibyllenort, 5. Juni 1902
abends 9 Uhr 30 Min.

Bei Seiner Majestät dem Könige ist heute ein Anfall von Atemnot mit Herzschwäche eingetreten. Der Zustand ist besorgniserregend.

(getz.) Dr. Siebler. (getz.) Dr. Selle.
(getz.) Dr. Hoffmann.

Bulletin.

Sibyllenort, 6. Juni 1902
früh 7 Uhr.

Im Besitzen Seiner Majestät des Königs ist insofern geringe Besserung eingetreten, als sich das Herz wieder etwas gefestigt hat. Dem schweren Anfälle von gestern abend folgte tiefer Schlaf, der mit kurzen Unterbrechungen noch jetzt andauert. Das allgemeine Schwächegefühl ist sehr bedeutend.

(getz.) Dr. Siebler. (getz.) Dr. Selle.
(getz.) Dr. Hoffmann.

- im V. Wahlbezirk der Erbgerichtsbefreier Vennewitz in Langenhardsdorf bei Freiberg,
- VI. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer H. Richter auf Bosel bei Prittwitz,
- VII. Wahlbezirk der Kommerzgutsbesitzer Amtsherr Uhlemann zu Mügeln, Bezirk Leipzig,
- VIII. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer Schade auf Geseke bei Borna,
- IX. Wahlbezirk des Gütsbesitzer Gemeindeworstand Frischling in Göppersdorf bei Burgstädt,
- X. Wahlbezirk der Lehnsgutsbesitzer, Oeconomie Schubart zu Euba bei Riederwiesa,
- XI. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer, Freiherr von Künnert auf Erdmannsdorf, Bezirk Görlitz,
- XII. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer Volkmar Oppi auf Auerbach i. Vogtland,
- XIII. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer, Herrnherr Trützschler Freiherr zum Falkenstein auf Dorstadt bei Falkenstein.

Dresden, am 3. Juni 1902.

Ministerium des Innern.

v. Weißh.

und Schaff Burger habe darauf geantwortet, er sei bereit, Friedensvorschläge zu machen, doch wünsche er, vorher den Präsidenten Stein zu sehen, und daß er verlangte er freies Geleit durch die englischen Linien und zurück. Am 1. April telegraphierte dann Rüschener an den Reichskanzler, die zu Stein geschickten Botschafter seien zurückgesetzt und melde, Stein wolle mit der Russen- und Deutschen Regierung in Altdorf zusammenkommen. Letztere habe darum auch Botha und Delaray gebeten, nach Altdorf zu kommen, und in drei bis vier Tagen würden alle dort zusammentreffen. Die in Altdorf versammelten Burenführer beschlossen dann am 10. April, Rüschener um eine persönliche Zusammenkunft zu ersuchen, auf der sie ihre Friedensvorschläge vorlegen würden. Rüschener lud die Burenkommission nach Pretoria ein, und am 12. April hielten diese hier ihre erste Begegnung ab und unterzeichneten Rüschener folgende Punkte auf Grundlage eines Friedensvertrages:

1. Stimmrecht 2. Gleichberechtigung der Holländischen und der englischen Sprache im Unterricht 3. Zollverein 4. Schließung aller Festungen in Transvaal und im Orange-Freistaat 5. Post, Telegraph und Eisenbahngesellschaften 6. Schiedsgericht für künftige Streitfälle.

7. Gegenheitliche Annahme. Die Burenführer sagten hinzu, wenn die Bedingungen der englischen Regierung nicht genügten, so möge dieselbe angeben, welche Bedingungen sie gewähren könne.

Als Antwort darauf telegraphierte der Kriegsminister am folgenden Morgen um 2 Uhr 30 Min.

die englische Regierung teile das einste Verlangen der Burenführer nach Frieden und hoffe, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zum Frieden führen möchten,

doch müsse sie wiederholen, daß sie keine Bedingungen annehmen könne, die die Fortdauer der Unabhängigkeit der vor der britischen Krone formell anerkannten Republik zur Grundlage hätten. Lord Milner und Rüschener hatten dann am 14. April eine Unterredung mit den Burendelegierten, in der sie diesen den Inhalt des Telegramms mitteilten. Über den weiteren Verlauf dieser Unterredung berichtet Rüschener an den Kriegsminister wie folgt: „Wir bemühten uns dann, sie zu überzeugen, neue Vorschläge zu machen, aber Präsident Stein, der immer als ihr erster Vertreter auftauchte, nahm sofort den Standpunkt an, daß die Burenregierung wohl kompetent seien, Frieden zu schließen, aber nicht befugt seien, die Unabhängigkeit ihres Landes aufzugeben. Dies können nur das Volk tun, und unter dem Volk verstehe man die noch im Felde befindlichen Bürger. Schaff Burger und Botha stellten sich genau auf denselben Standpunkt. Da die Verhandlungen nicht weitergehen würden, wurde die Bezeichnung durch gemeinsame Uebereinunft bis zum Nachmittage verlängert. Die Burenführer schlugen dann einen Waffenstillstand vor, damit sie ihre Leute befreien könnten, aber ich legte mir Lord Milner's völiger Zustimmung dar, daß wir einem Abkommen noch nicht sehr genug gelommen seien, als daß ein solcher Schritt zu rechtfertigen wäre...“

Schließlich eingingte man sich dahin, die englische Regierung um Mitteilung darüber zu ersuchen, welche Bedingungen sie gewähren würde, im Falle die Buren die Unabhängigkeit aufzugeben. Sie würden dann, ohne vorher ihre eigene Zustimmung oder Nichtzustimmung darüber auszuhören, diese Bedingungen ihrem Leuten vorlegen.

Hierauf antwortete der Kriegsminister zwei Tage später mit einem Hinweis auf das Middelburger Vorschlag vom März 1901 und fügte hinzu, England sei, da es auf dawanden Frieden und Versöhnung hoffe, noch immer bereit, auf Grundlage der Middelburger Vorschläge eine allgemeine Uebergabe anzunehmen. Außerdem beschloß man, in Einigkeiten könnten durch gemeinsame Uebereinunft beschlossen werden. Am 17. April erlaubte die Burenführer noch einmal um einen Waffenstillstand, damit sie ihre Bürger befreien könnten. Rüschener lehnte einen solchen aus militärischen Gründen ab, verschrieb aber, den Bürgern Gelegenheit zur Abhaltung von Verhandlungen zu gewähren. Milner legte den Burenführern noch nahe, sie mögten mit bestimmten Voraussetzungen verhandeln zurückkehren und mit dem

1200000 M.

Bekanntmachung,

eine Anleihe der Stadt Frankenberg betr.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben zu der von der Stadtgemeinde Frankenberg beschlossenen Ausgabe von Schulobligationen in Abschüttungen von 1000, 500 und 200 M., welche auf den Inhaber laufen und seitens des letzteren unentzettelbar sind, behufs Aufnahme einer mit 4 von 1000 jährlich zu verzinsenden Anleihe im Betrage von

1200000 M.

nachstehend vorgelegten Anleihe- und Tilgungsplanes die nach § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Genehmigung ertheilt.

Dresden, den 27. Mai 1902.

6876

Die Ministerien
des Innern und der Finanzen.
v. Weißh.

Rüger.

Erneuerungen, Besitzungen &c. im öffentl. Dienste.

Im Reichstagsdecrete des Ministeriums der Finanzen, bei der Post-Verwaltung sind ernannt worden: Verlet, Schöppi und Kurel, prüfer gegen Tagesspiele beschäftigte Postbeamte, als einzähnige Postbeamten im Beiseite des Kultus-Überpostdirektors Leipzig.

(Behörde. Bekanntmachungen erscheinen auch im Angezogene).

Nichtamtlicher Teil.

Zum Friedensschluß in Südafrika.

Der Verlauf der südafrikanischen Friedensverhandlungen wird in einem Blaubuche dargelegt, das jetzt in London mit dem Titel „Korrespondenz über die Bedingungen der Übergabe der im Felde befindlichen Burenstreitkräfte“ erschienen ist. Wir geben daraus folgendes hervor:

Das Blaubuch beginnt mit einer Depeche Rüschener vom 12. März d. J., worin dieser mitteilt, er habe Schaff Burger die Korrespondenz der englischen Regierung mit der holländischen Regierung übermittelt.

Am 28. Mai erschien Milner und Rüschener die Burenkommission, den so gründlichen Friedenkonsensur den Buren in Vereinigung zur Abstimmung mit „Ja“ oder „Nein“ vorzulegen. Milner fügte hinzu, die Entscheidung über Annahme oder Verwerfung müsse innerhalb einer gewissen Frist erfolgen, nach deren Ablauf die englische Regierung sich nicht mehr an die Bestimmungen des Entwurfs für gebunden halten würde. Die Kommission erwähnte am Nachmittage, die Entscheidung solle bis Sonnabend abend erfolgt sein. Am Sonnabend um 5 Uhr 15 Min. nachmittags konnte Rüschener bereits dem Kriegsminister telegraphieren, die Burenkommission nehme den Friedenkonsensur an und sei bereit, ihn zu unterschreiben.

Am 1. Juni vormittags teilte Lord Milner Chamberlain mit, er selbst, Rüschener und sechs Buren-

delegierte, von denen sechs Transvaal und vier den Oranjerivistaat vertreten, hätten kurz vor 11 Uhr abends den Vertrag unterzeichnet. Die Burendelegierten hätten vor der Unterzeichnung eine Resolution der in Vereinigung

schluß, sofort Frieden zu schließen. Sie vertraten das So endeten die Verhandlungen, und Rüschener hatte nur noch eine kurze Unterredung mit Botha, Dewer und Delaray über die Art, wie die Burenversammlungen verhandelt werden sollten.

Die Versammlung der von den Burenkommandos gewählten Delegierten trat Mitte Mai in Vereinigung zusammen. Am 17. Mai telegraphierten die Staatspräsidenten Bürger und Stein und Vereinigung an Rüschener, die versammelten Bürger hätten eine aus Louis Botha, Dewer, Delaray und Smuts bestehende Kommission ernannt, die mit Rüschener über die Beendigung der Feindseligkeiten unterhandeln sollte. Am folgenden Tage fügten Bürger und Stein auf telegraphische Anfrage Rüschener noch hinzu, diese Kommission habe Vollmacht zu unterhandeln, doch müssten ihre Abmachungen von den in Vereinigung versammelten Bürgern ratifiziert werden. Die Burenkommission traf dann in Pretoria ein und machte am 19. Mai folgende Friedensvorschläge: 1. Abgabe der Unabhängigkeit in Bezug auf die austwärtigen Beziehungen. 2. Beibehaltung des Selbstverwaltung unter englischer Oberaufsicht. 3. Abtretung eines Teiles des Landes.

Milner und Rüschener erklärten, auf diesen Grundlagen nicht unterhandeln zu können. Nach längerer Beratung wurde dann beschlossen, daß Lord Milner, unterstützt von Sir Richard Solomon, gemeinsam mit Smuts und Herzog ein Friedensinstrument aussuchen sollten, das sich an die Middelburger Vorschläge anlehne. Die in Vereinigung versammelten Bürger sollten dann einfach mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen. Dieses Document, das mit dem veröfentlichten Friedensvertrag übereinstimmt, wurde sofort ausgelegt und am 21. Mai an den Kriegsminister telegraphiert, damit die englische Regierung es zu gewisse. Die englische Regierung äußerte sich fünf Tage lang darüber nicht, und erst am 26. Mai abends ließ sie von sich hören. Chamberlain fragte bei Milner an, wie es mit der Verbannungsproklamation sei, die auf bestehende Verbannungen Rüschener hin, die durch eine Deklaration der Regierung von Natal unterstellt waren, heimzusetzen erlaubt wurde. „Wenn Sie jetzt denken, diese Proklamation sollte fallen gelassen werden, so habe ich keine Einwendung dagegen zu machen“, fügte Chamberlain hinzu. Milner antwortete mit einem Telegramm, in dem er erklärte, er beharrte die Verbannungsproklamation keineswegs, da sie die Würde gehabt habe, viele Buren zur Übersiedlung zu bewegen und andere noch im Felde befindliche Buren von der Fortsetzung des Krieges abschrecken, doch würde es ein Fehler sein, jetzt die Reaktion fortzuführen, da die Buren ja jetzt britische Untertanen werden wollten. Es würden nur bittere Empfindungen weiter dadurch gemahnt und die Positionierung des Landes hinzugetrieben werden. Unmittelbar nach Empfang dieser Nachricht von Milner schickte Chamberlain an Milner ein längeres Telegramm ab, wonin er die nicht wesentlichen Änderungen am Entwurf des Friedensvertrages, die die englische Regierung wünschte, detailliert mitteilte.

Am 28. Mai erschien Milner und Rüschener die Burenkommission, den so gründlichen Friedenkonsensur den Buren in Vereinigung zur Abstimmung mit „Ja“ oder „Nein“ vorzulegen. Milner fügte hinzu, die Entscheidung über Annahme oder Verwerfung müsse innerhalb einer gewissen Frist erfolgen, nach deren Ablauf die englische Regierung sich nicht mehr an die Bestimmungen des Entwurfs für gebunden halten würde. Die Kommission erwähnte am Nachmittage, die Entscheidung solle bis Sonnabend abend erfolgt sein. Am Sonnabend um 5 Uhr 15 Min. nachmittags konnte Rüschener bereits dem Kriegsminister telegraphieren, die Burenkommission nehme den Friedenkonsensur an und sei bereit, ihn zu unterschreiben.

Am 1. Juni vormittags teilte Lord Milner Chamberlain mit, er selbst, Rüschener und sechs Buren-delegierte, von denen sechs Transvaal und vier den Oranjerivistaat vertreten, hätten kurz vor 11 Uhr abends den Vertrag unterzeichnet. Die Burendelegierten hätten vor der Unterzeichnung eine Resolution der in Vereinigung

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Schauspielhaus. — Am 5. d. Mon. Polidor-Gollus. III. Abend. „Die gelehrten Frauen.“ Lustspiel in fünf Akten von Molire. In deutscher Version von Ludwig Fulda. — „Die Schule der Frauen.“ Lustspiel in fünf Akten von Molire. In deutscher Version von Ludwig Fulda.

In deutscher Version von Ludwig Fulda. — Mit der Leitung dieser Wahlen sind die für die Neuwahlen zur Genossenschaftsversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen, sowie die Bestellung von Wahlkommissaren für dieselben betreffend.

Das Ministerium des Innern hat beschlossen, die Neuwahlen zur Genossenschaftsversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen auf Grund von § 3 des Gesetzes vom 22. März 1888, die Regelung der Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen auf Grund des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 betreffend, und § 12 der Ausführung-Berordnung vom 23. Mai 1888 gleichzeitig mit den Wahlen zum Landeskulturrath im Laufe des Monats Juni dieses Jahres vorzunehmen zu lassen.

Mit der Leitung dieser Wahlen sind die für die Neuwahlen zum Landeskulturrath beauftragten noch benannten Wahlkommissare betraut worden und zwar:

im I. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer, Oeconomie Paul Reichel auf Oberstrahmwalde bei Herrnhut,

II. Wahlbezirk der Oeconomie Phannenstiel in Bautzen,

III. Wahlbezirk der Privatus W. Wolde in Dresden,

IV. Wahlbezirk der Rittergutsbesitzer Graf Steg auf Behnsdorf bei Pirna.

comme chez nous“ wieder zu ihrem Recht. — „Die Schule der Frauen“ behandelt bekanntlich ein Motiv, das seit Molire in Hundert verschiedenen Bearbeitungen aus der Bühne erschienen ist und nun auch einmal wieder in seiner ursprünglichen Fassung zu Recht kommen mag. Beide gelesene Stücke Molires gleichen je einer Frauengestalt nach dem Sinne des Dichters hin, sowohl die liebenswürdige und feinfühlende Henriette aus den „Gelehrten Frauen“ als die kindliche, völlig unerfahrene Agnes aus der „Schule der Frauen“ haben ein Element natürlicher Wärme, weiblichen Haubens und wirken bei guter Darstellung wie das goldene Licht in einem vielfarbigen Bilde. Das in der Darstellung die Agnes, die Gel. Gasky spielt, der Abtät aber unbekannter Vorleser ist dem Dichter für diese Gefallen besser entsprach, als die Henriette, die Gel. Laut spielt, sei nur nebenher bemerkt.

Mit den Vorzügen und Mängeln der Fuldahchen Verarbeitung Molirescher Stücke muß man sich abfinden. Sie hilft ohne Zweifel zu leichteren, eindringlichen Belebung der Stücke, sie näbert die Sprache Molires, ohne ihr Gewalt anzutun, dem Deutsch, das unseren Darstellern auf der Bühne liegt. Sie leistet anderweitig auch einen gewissen Beitrag zur Erhaltung der Molireschen Seelen- und Sittenkenntnis, legt sich auf rückt über die Dinge hinwegscheinenden Überflächlichkeit und verführt selbst zu so übertriebenen Schwankheiten, wie sie beispielweise Gel. Schendler als Martin in den „Gelehrten Frauen“ zum besten gab. Im ersten Lustspiel des Abends zwischen sich Dr. Müller als Chrysal, Dr. Decarli, der die einfache Brüderlichkeit des Molireschen überwindet gut traf, Gel. Ulrich als Philomene und Gel. Goßnig als Armande erfreulich aus. Aus der „Schule der Frauen“ ist die amüsante Verkörperung der Agnes durch Gel. Gasky schon herausgekommen worden. Den. B. Neumann

Alnolph ließ das sonnige Element der Rolle ausdrücklich vorwölten, Dr. Schütt als Horace ließ der Gestalt des jungen Faust, dem die unerfahrenen Agnes so bald überlegen sein wird, herzgewinnende Fröhlichkeit. Das Zusammenspiel war namentlich in seinem beschwingten Tempos idyllisch; selbst bei diesem Tempo bleiben sehr viele Arien einer Faust Anspannung der Darsteller wie der Juschauer.

Litteratur.

„Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland.“ Von Oscar v. Lettow-Vorbeck, Generalmajor a. D. 3. Band. Der Mainfeldzug. Mit 10 Karten und Geschichtsplänen. 7 Gläsern. Berlin 1892, Verlag von Ernst Siegfried Mittler u. Sohn, Königl. Hofbuchhandlung. (491 S. gr. 8°. — 12,50 M.)

Mit dem vorliegenden Bande ist das hochbedeutende Werk Oscar v. Lettow-Vorbecks über den Krieg des Jahres 1866 zum Abschluß gelangt. Während die beiden ersten in den Jahren 1892 bis 1893 erschienenen Bände die politische Vorgeschichte des Kriegs, den Ausmarsch des österreichischen und preußischen Heeres, die Operationen gegen Hannover und Niedersachsen und den Feldzug in Südmähren behandeln, bringt Lettow-Vorbeck in dem gegenwärtig erschienenen dritten Bande die Ereignisse zur Darstellung, die sich nach der Kapitulation der hannoverschen Armee in Südw. und Westdeutschland abspielten und die man unter der Bezeichnung „der Mainfeldzug“ zusammenfassen kann.

Auf diesem Kriegshauslage handeln sich die von dem General Vogel v. Falldenstein beschaffte preußische Mainarmee in einer Stärke von anfänglich 46000 Mann und das siebente und achte deutsche Bundescorps gegenüber, von denen jedes für sich mindestens ebenso stark wie die Mainarmee war, am Artillerie und Artillerie schilder und organisierte Armeen, wie</p

wurde erzielt den Beschlüssen des Reichstags zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 7 der Strafverschreibungsordnung, ferner den Auszugsanträgen über die Vorlage betreffend den Ruf und die Erziehung der Noten der Bank für Süddeutschland in Darmstadt, sowie über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsass-Lothringen.

Die „Nordd. Allg. Zeit.“ schreibt: Der Vorschrift des Strafverschreibungsordnungen betreffend die Bekanntmachung des großen Antrags ist befremdlich, wenn der Rechtsprechung der Untergerichte vielfach eine Auslegung zu Stande geworden, nach der es zulässig wäre, jede Art von Urtümchen, die nicht durch andere Vorschriften beobachtet unter Strafe gestellt ist, als großen Antrag zu betrachten. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat neuerdings mehrfach Gelegenheit gehabt, die Tragweite der besagten Vorschrift schärfer begrenzen. Wiederholte es vom Reichsgericht der Staatswahl vertreten worden, daß nicht jede grob ungewöhnliche Handlung, durch die das Publizum in seiner Allgemeinheit unmittelbar belästigt oder gefährdet werde, die Strafbarkeit begründet; vielmehr müsse alle weiteren Erörterungen hinzuweisen, daß die Handlungswerte des Thäters sich zugleich als eine Störung oder Gefährdung des äußeren Verstandes des öffentlichen Ordnung darstellen. Wahlt, wie es bei der ungewöhnlichen Erringung zuverhörenden Würms der Fall sei, die in derselben Vorricht mit Strafe bedroht werde. Im Interesse einer gleichmäßigen Durchführung dieser Grundzüge haben auf Ersuchen des Reichsgerichts die Justizverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten die Beamten der Staatskanzlei angeleitet, bei der Erledigung von Anträgen wegen großen Antrags die in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Ausdruck gekommenen Grundzüge sich stets genau zu vergegenwärtigen.

Auf dem Internationalen Arbeiterversicherungskongress, der am 17. d. Mai in Düsseldorf beginnt, wird der Ehrenpräsident Dr. Höppler über die wirtschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung referieren. Außerdem werden Geh. Rat Dr. Jäger über die verschiedenen Systeme der Arbeiterversicherung in Europa, Geh. Rat Hartmann über die Entwicklung der Unfallversicherungsfahrt, Direktor Max Schleicher über die Förderung des Rettungswesens und des Roten Kreuzes durch die Arbeiterversicherung, Geh. Rat Bielefeld über die Volkstrauertaten, Dr. Walchmidt über die Beaufsichtigung des Transports und Dr. Klein über die deutsche Unfallstatistik Vorträge halten. Für den 19. Juni ist eine Begehung der Preußischen Wohlfahrtsanstaltungen in Oden vorgesehen.

Auf der Tagessitzung der geistigen Sitzung des preußischen Hauses erneut hauptsächlich die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Maßnahmen zur Sicherung des Deutschenstaates in den Provinzen Westpreußen und Posen. Abg. Dr. Wolff-Schöch (SPD) giebt als Belehrer einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Abg. v. Goettsch (VDP) erklärt, es sei unzweckmäßig, wenn der Kommissionbericht ausführlich die katholischen Systeme von den Polen bläsig als die salomonische Seiger angesehen und von manchen politischen Propheten bei Bezeichnung der katholischen Katholiken unangemessen würden. Der Finanzminister habe sich die Begründung der Vorlage unerhört leicht gemacht und die Rechnung, die er aufgestellt, stimme nicht. Die Vorlage wider die gänzende Illustration der Bevölkerung der deutschnahen Polen ist politisch. Der Redner kommt darauf auf den bekannten Vergleich zwischen dem Reichskanzler mit Polen und Russen und nennt diese Erklärung eine unzulässige. (Politiker v. Schröder rät den Redner dieses Ausdrucks wegen zur Verbrennung.) Redner schließt mit einem „Ahu“ auf die Vorlage und wird vom Präsidenten bestimmt nochmal zur Ordnung gerufen. Minister Abg. v. Goettsch: Der Ton des Redners ist übertrieben mit der Verpflichtung, während auf keine Ausschreibungen einzugehen. (Worter und Lärche bei den Polen.) Da kann nur immer wieder versichern, daß Preußen mit der Vorlage nicht demüthigt, den Polen den Krieg zu erklären. Aber die Logik der polnischen Freunde sind derart, daß man nur beweisen kann, wenn das Reich keine schädlichen Mittel zur Bestrafung des Heeres an die Hand giebt, der preußische Staat darf aber die Verpflichtung, keine Unterthanen gegenüber den Angreifern der Polen energisch zu fordern, und dieses und weiter nichts befreien wir mit der Vorlage. Ich bitte daher, daß das Gesetz die Majorität des Hauses finden wird. Minister v. Goettsch entgegnet auf eine Anfrage des Abg. Strombeck, daß der Präsidenturvertrag von Wahlaufläufen, die für republikanische Kandidaten beleidigend waren, ein überaus heftiger Auftritt. Ein Deputierter der Opposition übertrug noch diese Beleidigungen und griff sogar den Präsidenten der Republik an, so daß es zu einer Fortsetzung kam, die so heftig war, daß sie zu Thäterschaften führte. Die republikanischen Mitglieder des Hauses sind entschlossen, diese Angelegenheit vor die Kammer zu bringen. — Der Tumult wurde durch die Vorlage zweier Wahlaufläufe veranlaßt, die die nationalistische Volkslandkämpfung im Laufe der Wahlkampagne hatte anschlagen lassen. In einem dieser Aufläufe wurde unter Hinweis auf einen Brief des früheren Kriegsministers Gollancz das Königreich als die deutschen Einheiten des Königs zu teilen. Der Redner kommt dann nochmals auf die Angreife des polnischen Heeres zurück und verliest mehrere Artikel. Abg. v. Goettsch (VDP) weiß darauf hin, daß die Stimme einer Zeitung die Stimme eines Redakteurs sei. Es wäre daher ebenso ungerecht wie unvernünftig, die Stimme einer Zeitung auf die Stimme eines jungen Sohnes zu beziehen. Minister Abg. v. Hammerstein: Die letzte Seite des Abg. v. Goettsch über die Sitzungen muß doch sehr sordorbar an, wenn man weiß, daß seine Redenungen über den Vergleich des Reichslandes lediglich aus einer französischen Zeitung entnommen sind. Wer im Reichshaus sitzt, sollte doch nicht mit Steinen werfen. Wenn die Polen nicht wollen, daß wir Angreife auf polnische Sitzungen vorstellen, so müssen die Deutschen Polen und doch einmal katholische Kinder aus polnischen Sitzungen vorstellen. Wer die giebt es nicht? Ich kann daher nur bitten, daß Sie legt, das Dokument ist, daß gut und wichtig ist — daß befreien die schönen Angreife der Polen — annehmen. (Gesetz) — Sodann wurde das Gesetz in allen seinen Teilen mit großer Mehrheit gegen die Stimmen des Kanzlers, der Polen und der Nationalisten angenommen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene wurde gegen den Widerstand des Finanzministers an die Kommission umgestellt, womit sich Biedenken wegen angeblicher Überlastung von Gemeinden erhoben. Nach Annahme des Gesetzentwurfs wegen Änderung von Auswirkungsbereichen fand eine längere Debatte über den Entwurf des Reichslandes statt, in der bei Beendigung im einzelnen die Vorlage im ganzen eine günstige Beurteilung fand. Minister v. Goedelius erklärt, daß die Vorlage abfallen, nachdem der Bundesrat sich über die grundlegenden Auswirkungsbereichungen schließlich gemacht hätte, eingeschaut worden ist. Er bat um Belehrung der Beratung, damit das Gesetz noch vor Schlussabstimmung verabschiedet werden kann. Die Vorlage wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. In

der Kommission über den Initiativentwurf auf Erlass eines Sicherheitsverschreibungsgelebens sprachen sich die meisten Redner für den Gesetzen selbst aus, bevorstellten aber die Möglichkeit, ihn noch in der jeweiligen Tagung zu veränderlichen. Dem grundsätzlich ablehnenden Redner der katholischen Volkspartei entgegnete der Minister für Landwirtschaft, daß die Kastrie zwar schwierig sei, aber gerade der kleine Mann, der vielleicht nur ein Stück Brot kriegt, ein dringendes Interesse habe. Der Antrag wurde dreifach abgelehnt, wie der vorher erwähnte Gesetzenkonsulent. Rätsche schlug heute 12 Uhr zweite Sitzung seiner Gesamtkommission, Initiativkommission und Petitionen.

Mannheim. Gestern mittag fand in Anwesenheit Ihres Königl. Hoheit des Großherzogs und der Großherzogin Sophie des erbgräflich-hessischen Hauses die feierliche Gründung der landwirtschaftlichen Ausstellung statt. Hierbei hielt Se. Königl. Hoheit des Großherzogs eine Rede, in der er die Mitglieder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaften des badischen Landes begrüßte, deren Verdienste um die Landwirtschaft hervorhob und mit freudiger Genehmigung feststellte, daß dem Gedanken eines Mittelpunktes von Industrie und Handel, wie Mannheim, zweitweg ein Rückgang der Landwirtschaft in den umliegenden Bezirken gegenüberstehe. Die Rede schloß mit einem Hoch an Se. Königl. Hoheit des Großherzogs auf den Philippinen angeläufig.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichsangehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

angehöriger in Tripolis getötet hätten, erklärte der Minister des Auswärtigen Prinetti, er habe durch Zeuginn etwas erfahren, aber er habe bisher noch keine Reklamation oder einen Bericht der italienischen Kommission erhalten. Die Kommission hat mit dem Kardinalstaatssekretär Verhandlungen über die Lage der Konsuln auf den Philippinen angeknüpft.

— Deputiertentammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Zuglia, ob der Minister bedächtig,

gegen gewisse Teile des Einflusses zu erheben, die die italienischen Behörden zum Nachteil italienischer Reichs-

Gesetzgebungsdeputation über den mittels Königl. Dekret Nr. 33 vorgelegten Gesetzentwurf, die Unfallfürsorge für Beamte betreffend, zu den mündlichen Berichten der Beschwerde- und Petitionsdeputation 4. über die Petition des Steinbruchbesitzers G. H. Förster im Riesa und Gen. um größere Berücksichtigung des Elbsandsteins bei Städtebauten, 5. über die Petitionen, die ärztlichen Bezirkvereine betreffend, 6. über die Petition des Verbandes der Hausbesitzervereine Leipzigs und Gen. eine Abänderung des § 15 Bisher 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 betreffend, 7. über die Petition des Schlagziehers a. D. Johanna Karl Wundrich in Kamalde um Erhöhung seiner Unfallrente und 8. über die Petition des Hebammenvereins im Mediginalbezirk Plauen um Aufhebung des § 3 des Gesetzes, die Ruhstandskontrolle der Hebammen betreffend, und Errichtung einer Landeskensionsklasse, ferner 9. der Vortrag der Ständischen Schrift über das Königl. Dekret Nr. 2, den Staatshaushaltsetat und das Finanzgeley auf die Jahre 1902 und 1903 betreffend, 10. der Vortrag des Allerhöchsten Acceptationsbestreit und endlich 11. der Schluss. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Dr. Präsident geh. Hofrat Dr. Mehnert, daß sich die Zwischendeputation für den Städtebau konstituiert und ihn zum Vorsitzenden, den Hrn. Vizepräsidenten der Ersten Kammer Landesältesten v. Beitzholz zum stellvertretenden Vorsitzenden und den Hrn. Abg. Hähnel zum Schriftführer gewählt habe. Nach dem Referate des Hrn. Abg. Oeconomierat Andrá trat die Kammer dem Vereinigungsvorschlag über die Petition der Gemeinde Niederwartha ohne Debatte bei. Die Beratung über die übrigen Punkte des Vereinigungsvorhahns wurde, da die Erste Kammer erst darüber zu beraten hatte, ausgesetzt. Die Deputationsberichte ersparten zu 2 Hr. Abg. Harter, zu 3 Hr. Abg. Dr. Schöne, zu 4 Hr. Abg. Braun, zu 5 Hr. Abg. Richter-Großhöman, zu 6 Hr. Abg. Rittberger und zu 7 und 8 Hr. Abg. Oeconomierat Andrá. Zum zweiten Gegenstand nahm Hr. Abg. geh. Oeconomierat Hähnel das Wort, um das neue Deputationsvotum zu rechtfertigen. Beim 4. Punkte trat Hr. Abg. Dr. Spiegel für die Interessen der Petenten ein. Zu den Punkten unter 5 bis 8 fand keine Debatte statt. Die Deputationsantage wurden sämtlich einstimmig angenommen. Nach 12 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, um 41 Uhr wieder fortgesetzt zu werden.

Ortlidhes.

Dresden, 6. Juni.

* lieber die gestern unter dem Vortheile des Herrn Dr. Stödel abgehaltene Stadtverordnetensitzung, entnehmen wir dem Berichte des „Dresden“ aus, der nachstehende: Von den Registrandeingängen seien er wählt: Ein Schreiben des Rates vom 23. Mai, betreffend die Gewährung einer Beihilfe von 1600 Th. an den Gemeinnützigen Verein zur Errichtung einer Schülerwerkstatt für den Handarbeitsunterricht in der XII. Bürgerschule. — Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Stadtverordnetenvorsteheres über den zweiten Nachtrag zu dem Vertrag vom 31. Januar 1853, den Liebergang der Sicherheitspolizeiverwaltung vom Stadtrate zu Dresden auf das Königl. Ministerium des Innern betreffend. Dem Gutachten des Berichterstatters und der Ratsvorlage gemäß wurde der erwähnte Nachtrag von dem Kollegium genehmigt und mitvollzogen. — Der weitere stand zur Beratung folgender Antrag des Stadtverordneten Baumeister Hartwig: Vom 21. April d. J. am den Reichstag eine Petition unter Annahme des von der Bolltarifkommission im ersten Lesung beschlossenen Zusches zum Bolltarifgesetz gerichtet werden, wonach den Gemeinden die Erhebung indirekter Abgaben auf Mehl, Brot, Vieh und Fleisch unterliegt werden soll. Aus dieser Anfrage beantragt ich: Kollegium möge beschließen, den Rat zu ersuchen, zur Überlegung der vom Mietbewohnervereine eingesessenen Petition dem Reichstage eine Eingabe zugeben zu lassen, aus der das Unzutreffende der in der Petition enthaltenen thatätzlichen Behauptungen berichtigt und zugleich zum Ausdruck gebracht werde, daß das Stadtverordnetenkollegium von jeher in seiner großen Mehrheit die Erhebung jener indirekten Abgaben genehmigt hat und daß die Petition primärweg die Ansicht der großen Mehrheit der Bürgerschaft vertritt. — Dieser Antrag wurde dadurch erledigt, daß der Vorsthende ein Schreiben des Rates zur Kenntnis des Kollegiums brachte, worin der Rat mitteilt, er habe beschlossen, zu der Petition des Mietbewohnervereines eine Gegenchrift an den Reichstag gelangen zu lassen, in seinerzeit dem Kollegium zur Kenntnisnahme und Weiterleitung zugehen werde. Stadtverordnete Hartwig erklärte dadurch den Gegenstand seines Antrags für erledigt und zog den leichten zurück. Stadtvorsteher Althelme stellte darauf den Antrag, die Beratung über diesen Gegenstand zu vertagen, bis die angekündigte Schrift des Rates vorliege. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Hierzu wurde dem Rat beschlossen, die unbeschränkte Einsicht des Jahrgeld-Anzeigers „Multinom“ an Dresden zweiter Klasse zu genehmigen, vom Kollegium gestimmt. — Die vom Rate geforderte Herstellung einer Gartenanlage auf dem Strehlener Platz wurde abgelehnt und der Rat erfuhr, die für gärtnerische Anlagen bestimmten Teil des Strehlener Platzes, der nach dem genehmigten Planen und Anschlägen ausgeführt worden ist, zunächst so abändern zu lassen, daß dieser Platzteil dem erwähnten Planen und Anschlägen allenhalben entspricht. Zum Schluß wurden der Ratsvorlage gemäß bewilligt: für die Ausstattung des Volksschulneubaus an der Wurzener Straße mit Mängeln der vorliegenden Kostenanschläge 51 900 Th. zu Lasten des Betriebsvermögens der Schulgemeinde zur Einrichtung von Arbeiteraufenthalts- und Baderäumen, sowie zur Beschaffung einer neuen Krankenstube und von Lagerräumen im Neustädter Gaswerk 14 664 Th. zu Lasten des Gemeinderates.

— Ein Blitzeinschlag, der bei dem gestiegen Gewitter einen hohen Schornstein auf einem Hintergebäude der Mauerstraße traf, zeigte eine gewaltige Wirkung. Den Kopf des Schornsteins triß der Blitz vollständig auseinander und spaltete das Mauerwerk bis auf die

Hälften des 12 m hohen Baumerks. Der Strahl verzweigte sich dann in dem Mauerwerk nach der Seite. Mauersteile des Spornsteinloches wurden bis auf 30 m Entfernung fortgeschleudert, und ein Stück im Gewicht von über 100 kg flog über ein Nachbargebäude in einen Garten, wo es dann ausgegraben wurde. Da Radfahrer und das Durchschlagen der Dächer zu befürchten war, ludete die herbeieilende Feuerwehr die Räumung der gefährdeten Wohnungen an.

— Als Folge der außergewöhnlichen Höhe der letzten Tage bildeten sich gestern Gewitter, die gegen Mittag rings um die Stadt sandten. Kurz nach Mittag entluden sich namentlich in nordlicher und südlicher Richtung heftige Wetters, die von zahlreichen elektrischen Entladungen begleitet waren, deren Beulstärke bei der eingetretener Dunkelheit besonders stark wirkte. Die Verdunkelung war so bedeutend, daß man vielerorts, darunter auch in den Sitzungssälen der beiden Städtefamiliern, zur künstlichen Beleuchtung greifen mußte. Eine Kugelblitzschläge, die namentlich die östliche Neustadt und die Gegend von Oberloßnitz betrafen, und ohne schlimme Folgen geblieben. Ein Strahl ging durch einen Wagen der Straßenbahnlinie Waldkirchhöfen-Wölfnitz und beschädigte den Motor. Die erschrockenen Fahrgäste lamen ohne den geringsten Schaden davon. Die Regenmengen waren stetsweise ziemlich bedeutend und trugen zu der erwünschten Erfrischung der Vegetation mehrheitlich bei. Heute früh zeigten die Thermometer nur 10 Grad Raumur an.

Nachrichten aus den Landesteilen.

Leipzig. Die Leipziger Große elektrische Straßenbahn hat bei dem Stadtrat um die Genehmigung einer Tariferhöhung nachgefragt. Sie fand insofern williges Entgegenkommen, als der Rat an die Stadtverordneten mit dem Antrage herantrat, den Sonntagskurs von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Die Stadtverordneten aber lehnten in ihrer vorgezogenen Sitzung mit 34 gegen 29 Stimmen jede Tariferhöhung ab. Verschiedene Stimmen sprachen sich dafür aus, die Straßenbahnen in städtischer Regie zu übernehmen.

Reichenbach. Eine gewaltige Feuerbrunst
döscherte die beim Landtag abgeordneten Hrn. Robert Schneider in Reichenbach i. B. gehörige, in Ober-
reichenbach gelegene Fabrik bis auf den Grund ein.
Der im Dachstuhl aufgesommene Brand spottete allen
Anstrengungen der Feuerwehr, die ihre Mühe nur daraus
richten mußte, die Nachbargebäude zu schützen, was bei
der günstigen feuchten Lage des Brandobjekts und der
stillem Zustand glücklicherweise auch gelang. Wie der Brand
zum Ausbruch gekommen ist, dürfte kaum ermittelt werden.
Das 18 Fenster breite und fünf Fenster Tiefe aus-
weisende und vier Stock hohe Gebäude war an ver-
schiedene Firmen verpachtet. Der Schaden ist gewiß,
aber zumeist durch Versicherungengedeckt; etwa 200 Ar-
beiter sind fürs erste betroffen.

Swidau. Im Park Ederbach bei Swidau wurde Mittwoch abend der sächsische Prinzenraub vom 8. Juli 1455 durch Mitglieder des Turnvereins Ederbach dramatisch dargestellt. Die Wirtschaftsgebäude des Bierfestzentrums figurenieren als herzogliches Schloss zu Altenburg, der ausgedehnte Park als die Waldungen, in denen die Prinzen gefangen gehalten und Rundv. Raufangten festgenommen wurde. Das freie Gu. Ederbach schenkte der Kurfürst seinerzeit dem Köhler Schmidt für Rettung des Prinzen Albert.

-k. Moritzburg-Eisenberg. Durch das Wohl
wollen einer gesinnthig denkenden Dame ist die neu
entstandene freiwillige Feuerwehr hier in Besitz zweier
Sprühen und sofortiger Löschgeräte gelangt. Sonntag
den 8. d. Ms. nachmittags 3 Uhr wird Hr. Beauf-
tragter Oester-Reichen II die durch Hrn. Beauftragten
Gebhardt-Stiehl ausgebildete Wehr einer Prüfung unter-
ziehen bez. in den Verband aufzunehmen.

L. Schandau: Mit nächstem Sonntag nehmen im Lande des Elbstroms liegenden Ortschaften Reischhardtendorf, Schöna, Kleinziechhübel, Rippchen, Papstdorf die sogenannten „Lobetänze“ ihren Anfang. Diese Lobetänze waren ehemals städtische Lob- und Dankfeste, die man zur Erinnerung an eine schwer durchlebte Zeit, das Auftreten der Pestkranheit, die sicherein verbreitend unter der Bevölkerung wütete, abhielt. Dieses Fest verlegte man später auf den zweiten Sonntag nach Pfingsten, wie es noch heute gebräuchlich ist.

„Aus dem Westen Dresdens.“ Leider bestätigt es sich, daß durch die Maiströde alles Frühstück zerstört ist; nirgends erblickt man eine Frucht an den Bäumen. Selbst die späten Kirschenarten um Rennersdorf (Herr- und Lederkirschen, Kammern und Bergl) dürften nur schwärzlich zur Reife gelangen, da auch hier der Frühling die Blütenblüte der damals noch nicht erblühten Kirsch- („Stiehendorf“) erstickt hat. Hingegen sieht das Herren- obst überall prächtig, besonders die viel an Stelle des Weins um Gassebaude angepflanzten Erdbeeren tragen

Merkwürdiges

* Der Kampf gegen die Malaria wird jetzt im tropischen und subtropischen Süden an verschiedenen Stellen mit grohem Eifer aufgenommen. Man hat die Wüsten wie für etwas Angenehmes gehalten, der Nachweis aber, daß sie nicht nur lästig, sondern auch für die Verbreitung schwerer Krankheiten, wie namentlich der Malaria, verantwortlich zu machen sind, hat sie jede Berechtigung auf Schönung beraubt. In unserer gemäßigten Zone sind wir mit Wüsten auch reichlich genug gesegnet — es wird nur noch weniger warmer Tage bedürfen um uns das wieder fühlbar zu machen —, aber unsere mitteleuropäischen Wüsten sind doch mehr unangenehm als gefährlich. Es kommt ja immerhin von Zeit zu Zeit durch einen Menschen ein Fall von Blutvergiftung vor, aber das sind doch Seltenheiten. Zum mindesten ist bisher nichts davon bekannt, daß die Wüsten bzw. zur Übertragung irgend einer weiterverbreiteten Krankheit misswirken, wie es eben in anderen Ländern mit Bezug auf die Malaria der Fall ist. Trotzdem hat der Kampf gegen die Malaria in den wärmeren Gebieten eine internationale Bedeutung, weil zahlreiche Europäer und im engeren Sinne auch zahlreiche Deutsche in solchen Ländern leben, wo sie den Einfluss

Wässerungen und Gefahren durch Rosskitoäste ausgezeichnet sind. Nachdem zuerst in Indien der unwiderrichtige Beweis geführt worden war, daß gewisse Rückenarten durch ihre Stacheln den Stein der Malaria in das Blut der Menschen zu impfen vermögen, sind besonders in Italien und von England aus Untersuchungen im großartigen Maßstabe zwecks Kürzung dieser Unseligkeiten eingeleitet worden. Besondere Verdienste hat sich bisher das Institut für tropische Medizin in Liverpool erworben, das zum praktischen Studium der Frage unter der Leitung eines der hervorragendsten Schwerpunktägigen auf diesem Gebiete, des Majors Ronald Ross, eine ganze Kette von Expeditionen unter Führung von Dr. Taylor in Freetown, der Hauptstadt der britischen Kolonie Sierra Leone im westlichen Afrika, im Laufe etwa eines Jahres zu leisten vermögt hat. Dr. Taylor begann damit, die am stärksten von der Malaria betroffenen Teile der Stadt fast vollständig zu entwöhnen. In diesen Stadtteilen waren vorher unzählige von Häusern, Scunnen und schlechtgemachten Sengruben vorhanden, die in der Regenzeit Pfützen schieden Wassers bildeten und damit den Schwärmen der malarialbringenden Rosskitos ausgezeichnete Brutplätze boten. 70 Leute arbeiteten wenigstens zehn Monate an ihrer Beseitigung. Außerdem wurde eine große Zahl von Booten mit der Sammlung von alten Büchern, Flaschen und anderem Raum aus den Häusern bewohnt. 16295 Häuser wurden durchsucht und 2257 Wagenladungen dreitägiges Rechtschreibmaterial fortgeschafft. Es wird nun nicht schwer sein, daß diese Maßnahmen dazu er-

einen Außentiegel geschlossen, und ebenso die Thür des neuen Stalles, aber immitten ihres oberen Teils befand sich eine kleine Fallthür, die innen geschlossen war. So wurde das bewußtlose Thier in der That auf gewöhnliche Stationen beschränkt, aber nicht für lange. Eines Morgens fand man alle Riegel offen, der Pflock im Weizengehäuf war entfernt, und weiter lag Weizen auf dem Boden. Das Pferd sprangte frei im Hause umher und sah aus, als ob es eine gute Wahlzeit gehalten hätte. Seitdem hat man dem Weizengehäuf aufgegeben. Der Weizen wird vom Boden geholt, und Buffalo kann noch nicht die Leiter hinaufklimmen. Guenon hat Buffalo bei seinem Treiben beobachtet und ihn bei seinen Triicks auch verschiedene Male photographiert. Bevorherd überraschte ihn die Leichtigkeit, mit der das Tier wie mit einer Hand die Fallthür fortgeschob. Buffalo ist ein Spezialist in der Kunst, Thüren zu öffnen. Sein Herr bindet ihn deshalb nicht mehr an Scheunenthüren an, wenn sie nicht fest verschlossen sind, da Buffalo jeden Riegel öffnen kann. Ebenso gern schlägt Buffalo aber auch Thüren, und einmal hat er seinen Herrn und ein anderes Mal den Stallmeister im Stalle eingeschlossen.

* Kabel-Statistik. Nach der letzten amtlichen Veröffentlichung des „Internationalen Telegraphenbureau“ in Bern seien gegenwärtig 1750 untermeerische Telegraphenlinien mit einer Gesamtlänge von 358 137 km. Wenn das neue Kabel durch den Stillen Ozean gelegt sein wird, dessen Länge fast 15 000 km beträgt, wird unser Planet vollkommen von Telegraphenlinien umspannt sein, und dann wird die Entwicklung der Kabel eine Ausdehnung erreicht haben, die etwa der mittleren Entfernung zwischen der Erde und dem Mond entspricht. Von den jetzt bestehenden Kabeln sind 1380 km mit einer Länge von 39 851 km im Besitz der verschiedenen Regierungen, während nur 370 das Eigentum von Privatgesellschaften sind; die letzteren aber umfassen eine Gesamtlänge von 318 286 km, sind also nach ihrer Ausdehnung fast um achtmal bedeutender als die Regierungskabel. Die größte Kabel-Gesellschaft der Erde ist die Eastern Telegraph Company in London, deren Netz eine Ausdehnung von 73 223 km überspannt. Das längste Kabel ist bis jetzt dasjenige zwischen West und dem Kap Ged., das im Jahre 1898 durch die Transatlantische Kabel-Gesellschaft gelegt werden ist; es misst 5 878 km, wird von dem Pacific-Kabel also um fast das Dreifache übertrafen werden.

* Eisenach. Deutsche evangelische Kirchenkonferenz.) Im Anschluß an die Beschlüsse der Konferenz hinsichtlich der Vorbereitung auf die Konfirmation und der religiösen-rituellen Bewährung der konfirmierten Jugend wurde in der vorigen Sitzung, wie nachträglich bemerkt wird, ein Antrag des Oberkonfessorialpräsidenten D. Buchner angenommen, dabingehend, daß thunlichst allgemein der Beginn des Konfirmandenunterrichts durch einen besonderen Gottesdienst für die Konfirmanden, deren Eltern und Angehörige herzugehoben und so durch der ganzen Vorbereitungszeit ein weihesvolles Gepräge gegeben werde. In der vorgebrachten leichten Sitzung der Konferenz referierte Bischoflicher Oberkonfessorialrat D. v. der Goltz über die Frage: "Umwelt ist es und unter welchen Voraussetzungen bez. in welcher Weise erfreut es ausführbar, die Fürsorge für die evangelischen Deutschen im Auslande bez. in den deutschen Siedlungsgebieten in weiterem Umfang der Konferenz oder deren Organen zu übertragen?" Die Konferenz stimmte dem Antrage des Referenten zu, daß die Beteiligung der Eisenacher Konferenz an der Fürsorge für die evangelischen Deutschen im Auslande unter den vorliegenden Umständen so wie bisher auf Anregung und Vermittelung materieller Unterstützungen an die genannten Gemeinden vorläufig zu beschrankt habe, und wiederholte den dahingehenden Beschluß der Konferenz vom Jahre 1900: „Die Konferenz erkennt die kirchliche Betreuung der im Auslande wohnenden evangelischen Deutschen als eine durch neuere Ereignisse von Jahr zu Jahr dringlicher gewordene Aufgabe der deutschen Bundeskirchen an und hält zu deren Lösung die Gewinnung eines gemeinsamen Organs für geboten, das die kirchlichen Bedürfnisse der ausländischen Diaspora zu ermitteln, deren Befriedigung zu vermittelnd und bei den geeigneten Instanzen anzutreten hat.“ Präfiziert D. v. Gemmingen berichtete darauf über die Verhältnisse des Allgemeinen Kirchenblattes, dessen weitere Verbreitung empfohlen wird. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Konferenzkasse, deren Rechnung genehmigt wurde, referierte Präsident v. Jahn. Darauf schritt man zur Vornahme der nächsten Wahlen. Als Mitglieder des ständigen Ausschusses wurden wiedergewählt: Präsident Voigts, Präsident v. Jahn, geh. Oberlehrer D. Barth, Oberkonfessorialrat D. Kelber. Zu Stellvertretern der Mitglieder des Ausschusses wurden gewählt bei wiedergewählt: Präsident v. Gemmingen, Staatsminister Dr. Rothe, Prelat D. Helbing, Oberkonfessorialrat D. Jahn. Die beiden Mitglieder der Kommission für Statistik wurden wiedergewählt. In die Diasporakommission wurden gewählt: Vizepräsident Dr. v. der Goltz, Präfizient v. Jahn, Präfizient v. Wieland, Prälat D. v. Sandberger. Nachdem die Auswahl der Thematik für die Verhandlungen der nächsten Konferenz dem ständigen Ausschuß überwiesen worden war, schloß der Vorsitzende die diesjährige Tagung der Deutschen evangelischen

* Riel. Eine 80 Offiziere der Artillerie- und Ingenieur-Schule zu Berlin sind gestern früh 5 Uhr zur Besichtigung der Kriegsschiffe, der Flotte

* München. Im Nachbarort Feldkirchen sind vorgestern infolge Einsturzes eines Brunnenschachtes zwölf Arbeiter verschüttet worden. Obwohl die Rettungsarbeiten von Bionieren die ganze Nacht über fortgesetzt wurden, war es bis gestern früh 8 Uhr noch nicht gelungen

die Beschützten zu bergen.
Stuttgart. Im Sachen des Auskandes der Straßenbahn-Konstellation ist das Ministerium von Innern dem „Schwäbischen Merkur“ zufolge bemüht eine Verständigung herbeizuführen. Der Gemeinderat hat heute beschlossen, bei dem Amtsgericht den Antrag stellen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob wegen Nichteinhaltung des zwischen der Stadt und den Straßenbahnen geschlossenen Vertrags der betreffende Paragraph des genannten Vertrages in Geltung trete, wonach die Stadt befugt sei, die Straßenbahn in eigene Verwaltung

* Barcelona Auch die Fuhrleute sind hier den Zustand getreten. Fahrer der Artillerie führen den notwendigen Verkehr. Mehrere Fabriken haben einen Mangel an Kohlen den Betrieb eingestellt. In Girona sind die Landarbeiter in den Zustand gesetzten.

"Tunis. Louis d'Artignac, ein Bruder
Humbert, der den Humbertischen Besitz bei
Kauai verwaltet, ist auf Grund eines von Paris erlassenen
Haftbefehls festgenommen worden.

